

Amtsblatt

für die Erzdiözese Freiburg.

Nr 28

Freiburg i. Br., 9. November

1933

Inhalt: Aufruf des Herrn Erzbischofs. — Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich. — Religionunterricht an den höheren Lehranstalten. — Katholische Eheberatung. — Pfründebewerbungen. — Kirchliches Handbuch 1933/34. — Diaspora-Bildbilder. — Förderung des Deutschtums im Ausland. — Ewiglicht-Def. — Ernennung.



Beliebte Erzdiözesanen!

Die deutsche Regierung hat den Völkerbund verlassen, weil er die Gleichberechtigung unserem Volke vorenthielt. Sie wendet sich nunmehr an das gesamte deutsche Volk, damit es am 12. November sein eigenes Urteil über diesen bedeutsamen Schritt seiner Regierung fälle. Die Volksstimme will aber noch weit mehr sein als eine Deckung des Regierungsbeschlusses. Das deutsche Volk soll damit als Ganzes zu den übrigen Völkern eindrucksvoll reden und Gleichberechtigung, Frieden und Arbeit in machtvoller Geschlossenheit fordern. Es erstrebt damit drei Ziele, die sowohl der nationalen Ehre, als dem christlichen Sittengesetz und Völker-

recht entsprechen. Es ergibt sich deswegen als vaterländische Pflicht, dem deutschen Vaterland und Volk wie bisher, so auch in der gegenwärtigen Schicksalsstunde die Liebe und Treue zu wahren und am 12. November die Einmütigkeit mit den übrigen Volksgenossen zu beweisen. Dabei vertrauen wir auf des Herrn Reichskanzlers Wort, daß nun unter die für so viele treue Staatsbürger schmerzliche Vergangenheit ein Strich gezogen ist und das Friedenswerk des Konkordates uns Katholiken unter Ausschluß von Abstrichen, Umdeutungen und Uebergriffen gesichert bleibt.

Freiburg i. Br., den 8. November 1933.

† Conrad,
Erzbischof.

(Ord. 7. 11. 1933 Nr. 14672).

Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich.

Das am 20. Juli 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich geschlossene Konkordat wurde am 10. September d. Js. von den Vertragsschließenden ratifiziert. Das Konkordat und das Schlußprotokoll sind damit gemäß Art. 34 des Konkordates in Kraft getreten. Diese wurden im Reichsgesetzblatt II in Nummer 38 veröffentlicht, die wir der heutigen Nummer des Amtsblattes beifügen. Die genannte Nummer des Reichsgesetzblattes bildet einen Bestandteil des Amtsblattes und ist mit diesem aufzubewahren.

Auf Grund des Art. 31 Abs. 3 des Konkordates wurden zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der deutschen Bischöfe folgende Auslegungsgrundsätze zu Art. 31 vereinbart:

„Die Reichsregierung geht bei der Anwendung des Artikels 31 von folgenden Gesichtspunkten aus:

Die katholischen Organisationen und Verbände, die in Abs. 1 aufgeführt sind, sollen ihr Eigenleben völlig in sich führen können. Der Staat hat ihnen gegenüber keine weitergehenden Einmischungsbefugnisse, als sie sich aus der allgemeinen Treupflicht der Staatsbürger gegenüber dem Staat an sich ergeben.

Die katholischen Organisationen, die in Abs. 2 aufgeführt sind, können, müssen aber nicht in staatliche Verbände (Dachorganisationen) eingeordnet werden. Die Einordnung darf nicht ihr vereins- und verbandsmäßiges Eigentum und Eigenleben, d. h. den katholischen Charakter und die Selbständigkeit in der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben einschließlich der Führung der bisherigen Vereinstracht, der Abzeichen und Banner bei öffentlichem Auftreten ausschließen. Sie sollen also ihre bisherigen Satzungen beibehalten, es sei denn, daß in diesen Satzungen Zwecke vorgesehen wären, die dem neuen Staat an sich zuwiderlaufen. Ihr Vorstand soll nach den bisherigen Vereinsatzungen bestellt werden. Soweit nicht die etwaige Eingliederung in staatliche Verbände die Befolgung von Vorschriften notwendig macht, die sich aus der Einordnung an sich ergeben, soll von Eingriffen in das Vereinsleben abgesehen werden.

Die Mitglieder der katholischen Organisationen dürfen irgend einen rechtlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren.

Die Reichsregierung setzt voraus, daß die katholischen Organisationen bei einer Eingliederung sich mit ihren kirchlichen Behörden ins Einvernehmen setzen“.

Freiburg i. Br., den 7. November 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 4. 11. 1933 Nr. 14580.)

Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten.

Vom 2. bis einschließlich 5. Januar veranstalten wir im Erzbischöflichen Collegium Borromaeum zu Freiburg i. Br. (großer Hörsaal) einen

Lehrkurs für Religionslehrer an höheren Lehranstalten

mit folgender Tagesordnung:

1. Die Gottesbeweise und ihre Behandlung im Religionsunterricht der höheren Schule.
Referent: Domkapitular Dr. W. Reinhard.
2. Wesen, Begründung und Bedeutung des sittlichen Naturgesetzes.
Referent: Hochschulprofessor Dr. W. Rauch.
3. Die religiös fruchtbare Gestaltung der Geschichte der göttlichen Offenbarung.
Referent: Professor Dr. A. Maichle.
4. Methodenfragen zum Unterricht in der biblischen Geschichte.
Referent: Universitätsprofessor Dr. L. Bopp.
5. Lehrplanfragen.
Referent: Professor J. Freh.

Für den einzelnen Tag sind je vier Vorlesungen vorgesehen. Gelegenheit zur Aussprache wird gegeben.

Wir laden alle Geistlichen, welche an den höheren Lehranstalten und Fachschulen innerhalb der Erzdiözese unterrichten, zur Teilnahme ein. Von den hauptamtlichen Religionslehrern der höheren Lehranstalten erwarten wir, daß sie sich vollzählig beteiligen. Im Falle der Verhinderung wollen sie unter Angabe des Grundes darüber an uns berichten.

Eine Unterkunft der Kursteilnehmer im Collegium Borromaeum läßt sich wegen Anwesenheit der Alumnen nicht ermöglichen. Wir verweisen auf andere kirchliche und klösterliche Anstalten (z. B. Albertusburse, Collegium Sapientiae usw.). Eine teilweise Vergütung der entstehenden Kosten können wir in Aussicht stellen.

Freiburg i. Br., den 4. November 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 13. 10. 1933 Nr. 13288.)

Katholische Eheberatung.

Die heute stark in die Erscheinung tretenden Bestrebungen zur Gesundung der Familie und der Ehe berühren sich in vielem mit dem Gedanken, die unser regierender Heiliger Vater Pius XI. in der Enzyklika „Casta conubii“ vom 31. Dezember 1930 der Welt verkündet hat. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung das christliche Eheideal stärkstens gefördert und die Fragen der Gesundung der Ehe und einer den Gesetzen der natürlichen und sittlichen Ordnung entsprechenden Eheschließung in populären Vorträgen behandelt werden.

Der Reichsausschuß für katholische Eheberatung, der auf besonderen Wunsch des hochwürdigsten Episkopates geschaffen wurde, beabsichtigt, diesen Winter in den verschiedensten Gegenden Vorträge und Versammlungen abhalten zu lassen unter dem Grundgedanken: „Die gesunde Ehe ein christliches und nationales Ideal!“ Diese Bestrebungen sind stärkstens zu begrüßen und zu fördern unter dem Gesichtspunkte der Wahrung der katholischen Grundsätze über Ehe und Familie, der Förderung einer gesunden Bevölkerungspolitik und der Verhütung unglücklicher Ehen.

Wir ersuchen daher die Pfarrämter und Vereine, die Bestrebungen des Reichsausschusses für katholische Eheberatung zu fördern und sich zur Abhaltung von Versammlungen mit der Geschäftsstelle in Bonn am Rhein, Schumannstraße 2a bzw. mit der Zweigstelle im Deutschen Caritasverband, Freiburg i. Br., Werthmannhaus in Verbindung zu setzen.

Freiburg i. Br., den 13. Oktober 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 19. 10. 1933 Nr. 13329.)

Pfründebewerbungen.

Bezüglich der Eingabe um eine Pfarrpfründe sind künftig folgende Bestimmungen zu beachten:

1. am oberen linken Rand des Berichtes ist anzugeben:
 - a) der vollständige Vor- und Zuname,
 - b) die Stellung (Pfarrer, Vikar) und der Anstellungsort,
 - c) das Geburts- und Ordinationsjahr.

2. Im Text des Gesuches ist zuerst nachzuweisen, daß der Bewerber in seiner Vorbildung der Vorschrift des Artikels VIII des Konkordates zwischen dem Hl. Stuhl und dem Freistaat Baden genügt; demnach ist anzugeben:

Geburtsdatum und Geburtsort (Reichsangehörigkeit), Zeit und Ort der Ablegung der Reifeprüfung an einem Gymnasium oder Realgymnasium, Dauer des theologisch-philosophischen Studiums unter Angabe der Semester und der besuchten Hochschulen oder Akademien.

3. Bei der Bewerbung um mehrere Pfarreien ist für jede Bewerbung ein eigener Bericht zu machen.

4. Die Bewerbungen sind durch das zuständige Dekanat vorzulegen. Das dekanatliche Zeugnis möge auf der Rückseite des Bewerbungsschreibens geschrieben werden.

5. Weitere Dienstzeugnisse sind bei Bewerbung um Pfründen freier Kollatur nicht erforderlich.

Wir ersuchen die Herren Dekane, Bewerbungsschreiben, welche den vorstehenden Vorschriften nicht entsprechen, den Absendern zur Ergänzung und Berichtigung wieder zurückzugeben.

Freiburg i. Br., den 10. Oktober 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 28. 10. 1933 Nr. 14219.)

Kirchliches Handbuch 1933/34.

Das „Kirchliche Handbuch für das katholische Deutschland“, begründet von Hermann Krose S. J., herausgegeben von der amtlichen Zentralstelle für kirchliche Statistik Deutschlands, Köln, XVIII. Band, 1933/34, Preis M. 10.50, ist soeben im Verlage Bachem-Köln erschienen.

Aus Anlaß der 25jährigen Wiederkehr der Gründung des Kirchlichen Handbuchs geben Se. Eminenz, Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln, dem neuen Bande das oberhirtliche Geleitwort. Der Gründer, P. Krose, selbst spricht noch einmal im Vorwort zu den alten und neuen Freunden des Kirchlichen Handbuchs.

Der neue Band vermittelt für jedes einzelne Dekanat die statistischen Nachweise über Seelsorgebezirke, Geistlichkeit, Bevölkerung, Eheschließungen, Taufen, Sterbefälle, Osterkommunion- und Sonntagsmessenbesucherzahl. Hierin liegt der bleibende Wert dieses Nachschlagewerkes, das über eine Menge praktischer Fragen Aufschluß erteilt. In der Reichhaltigkeit dieses Handbuchs fehlen auch nicht die ausführlichen Nachweise über die päpstliche Zentralverwaltung in Rom, über die Organisation der katholischen Kirche in Deutschland, Bistümer, Ordinariate und bischöfliche Einrichtungen und Anstalten, die neuere kirchliche Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Berichte über die deutschen katholischen Missionen, das katholische Auslandsdeutschtum, die heutige katholische Schulfrage in Deutschland, das Verzeichnis der katholischen Verbände und Ver-

eine sowie der umfassende Bericht einer vergleichenden Bevölkerungs- und Konfessionsstatistik Deutschlands. Für die heutige katholische Aktionsarbeit ist das Kirchliche Handbuch das unentbehrliche Rüstzeug.

Die Fuldaer Bischofskonferenz hat die Anschaffung des Kirchlichen Handbuchs aus örtlichen kirchlichen Mitteln gestattet, um den in heutiger Zeit so dringend notwendigen Fortbestand des Handbuchs zu sichern.

Freiburg i. Br., den 28. Oktober 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 19 10. 1933 Nr. 13641.)

Diaspora = Lichtbilder.

Der Generalvorstand des Bonifatiusvereins zu Paderborn hat zur Förderung der Sammeltätigkeit sieben Reihen Diasporalichtbilder zusammengestellt und zwar zwei allgemeine Reihen (1. Bonifatiusverein der Ketter der Diaspora, 2. Des Diasporakindes Not und Rettung), die übrigen Reihen behandeln bestimmte Diasporagebiete (3. Thüringen, 4. Diözese Hildesheim, 5. Diözese Meißen, 6. Mecklenburg, 7. Ostpreußen).

Alle sieben Reihen sind verfügbar sowohl als Bildbänder für Bildbandgerät wie auch in Bildkartenform für Episkope, die Reihen 1, 2 und 5 auch als zum Teil farbige Glasdiapositive (8,5 x 10 cm). Die Bildbänder auf Normalfilmstreifen, Reihe 1—5 in Kinoformat (2,4 x 1,8 cm vertikal), 6 und 7 in Leicaformat (3,6 x 2,4 cm horizontal). Bilder und Text werden für Veranstaltungen des Bonifatiusvereins kostenlos ausgeliehen. Der Ertrag einer etwaigen Kollekte ist an den Generalvorstand zu überweisen oder für örtliche Bonifatiusvereinsarbeit (Apostolat der Madel, Unterbringung von Diasporakindern in katholischer Gegend usw.) zu verwenden. Die Bildbänder werden auch käuflich abgegeben und zwar 4,50 M. die Reihe einschließlich Text, zuzüglich 50 S. für Porto und Verpackung.

Die Lichtbildervorträge des Bonifatiusvereins sind hervorragend geeignet, Freunde und Wohltäter für die Diaspora zu gewinnen. Sie zeigen in richtiger Mischung sowohl die Armut vieler Diasporastationen wie auch, was mit Hilfe des Bonifatiusvereins schon erreicht wurde. Mag das Laufbild an unmittelbar packender Wirkung auf breite Massen dem Stehbild überlegen sein, so wird doch ein gut vorbereiteter Lichtbildervortrag auch heute noch sich behaupten können und vielleicht dauerndere Frucht als das Laufbild bringen, weil er oft größeren Bildungswert

hat und mehr in die Tiefe geht. Wir empfehlen den Gemeinden, Vereinen und Schulen die Diasporabilder des Bonifatiusvereins wärmstens.

Freiburg i. Br., den 19. Oktober 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 6. 11. 1933 Nr. 14562.)

Förderung des Deutschtums im Ausland.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, Landesverband Baden, Geschäftsstelle Weinheim, veranstaltet in der Woche vom 12. bis 19. November d. J. eine Volksofferwoche für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, deren Reinertrag der Erhaltung der deutschen Schule im Ausland bestimmt. Der B D A ersucht um Unterstützung der Geistlichen bei Durchführung der geplanten Opferwoche.

Freiburg i. Br., den 6. November 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

(Ord. 26. 10. 1933 Nr. 15052.)

Ewiglicht = Öl.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat durch Erlass vom 20. September 1933 V 5805 — 231 II bestimmt, daß Rüböl von der Steuer befreit bleibt, das zur Herstellung eines Brennöls (Rüböl mit einem Zusatz von mindestens 1 v. H. gewöhnlichen Brennpetroleum) verwendet wird. Ohne diesen Zusatz sind 50 Kpfg. für ein Kilo an Steuer zu entrichten. Nach can. 1271 CIC kann der Ordinarius gestatten, daß außer Olivenöl auch andere Delarten für das Ewiglicht benützt werden. Doch sollen diese tunlichst Pflanzenöle sein.

Mit Rücksicht auf die Finanzlage der kirchlichen Fonds erlauben wir, daß für das Ewiglichtöl Pflanzenöle benützt werden, denen 1 v. H. Mineralöl beigefügt ist. Ein höherer Hundertsatz darf nicht beigefügt werden.

Freiburg i. Br., den 26. Oktober 1933.

Erzbischöfliches Ordinariat.

Ernennung.

Der hochwürdigste Herr Erzbischof hat durch Urkunde vom 8. September d. J. dem Regierungsbaurat Fridolin V o s c h unter Ernennung desselben zum Erzbischöflichen Baurat die Stelle des Vorstandes des Erz. Bauamtes Heidelberg übertragen.

**Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl.
Vom 12. September 1933.**

Am 20. Juli 1933 ist in der Vatikanstadt zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und des Heiligen Stuhls ein Konkordat unterzeichnet worden. Das Konkordat und das dazugehörige Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Das Konkordat ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 10. September 1933 in der Vatikanstadt stattgefunden. Das Konkordat und das Schlußprotokoll sind gemäß Artikel 34 des Konkordats am 10. September 1933 in Kraft getreten.

Zur Ausführung des Konkordats ist das im Reichsgesetzblatt von 1933 Teil I Seite 625 veröffentlichte Gesetz vom 12. September 1933 ergangen.

Berlin, den 12. September 1933.

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister des Innern
Frick

Konkordat

**zwischen dem Heiligen Stuhl und dem
Deutschen Reich**

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der Deutsche Reichspräsident, von dem gemeinsamen Wunsche geleitet, die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern,

gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des Deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln,

haben beschlossen, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, welche die mit einzelnen deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate ergänzen und auch für die übrigen Länder eine in den Grundsätzen einheitliche Behandlung der einschlägigen Fragen sichern soll.

Zu diesem Zweck haben

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. zu Ihrem Bevollmächtigten

Concordato

**fra la S. Sede ed il Reich
Germanico**

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI e il Presidente del Reich Germanico,

concordi nel desiderio di consolidare e sviluppare le relazioni amichevoli esistenti fra la Santa Sede e il Reich Germanico,

volendo regolare i rapporti fra la Chiesa Cattolica e lo Stato per tutto il territorio del Reich Germanico in modo stabile e soddisfacente per entrambe le parti,

hanno risoluto di concludere una solenne Convenzione, che completi i Concordati conclusi con alcuni Stati particolari (*Länder*) della Germania ed assicuri per gli altri un criterio uniforme nel trattamento delle relative questioni.

A tale effetto, Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI ha nominato Suo Plenipotenziario

Seine Eminenz den Hochwürdigsten Herrn Kardinal Eugen Pacelli, Ihren Staatssekretär,
und der Deutsche Reichspräsident zum Bevollmächtigten den Vizekanzler des Deutschen Reiches, Herrn Franz von Papen,

ernannt, die, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1

Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion.

Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen.

Artikel 2

Die mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossenen Konkordate bleiben bestehen und die in ihnen anerkannten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche innerhalb der betreffenden Staatsgebiete unverändert gewahrt. Für die übrigen Länder greifen die in dem vorliegenden Konkordat getroffenen Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit Platz. Letztere sind auch für die oben genannten drei Länder verpflichtend, soweit sie Gegenstände betreffen, die in den Länderkonkordaten nicht geregelt wurden oder soweit sie die früher getroffene Regelung ergänzen.

In Zukunft wird der Abschluß von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen.

Artikel 3

Um die guten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich zu pflegen, wird wie bisher ein Apostolischer Nuntius in der Hauptstadt des Deutschen Reiches und ein Botschafter des Deutschen Reiches beim Heiligen Stuhl residieren.

Artikel 4

Der Heilige Stuhl genießt in seinem Verkehr und seiner Korrespondenz mit den Bischöfen, dem Klerus und den übrigen Angehörigen der katholischen Kirche in Deutschland volle Freiheit. Dasselbe gilt für die Bischöfe und sonstigen Diözesanbehörden für ihren Verkehr mit den Gläubigen in allen Angelegenheiten ihres Hirtenamtes.

Anweisungen, Verordnungen, Hirtenbriefe, amtliche Diözesanblätter und sonstige die geistliche Leitung der Gläubigen betreffende Verfügungen, die von den kirchlichen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit (Art. 1 Abs. 2) erlassen werden,

Sua Eminenza Reverendissima il Signor Cardinale Eugenio Pacelli, Suo Segretario di Stato, e il Presidente del Reich Germanico ha nominato Suo Plenipotenziario il Vice-Cancelliere del Reich Germanico, Signor Franz von Papen,

i quali, scambiati i loro relativi pieni poteri e trovati in buona e dovuta forma, hanno convenuto negli articoli seguenti:

Articolo 1

Il Reich Germanico garantisce la libertà della professione e del pubblico esercizio della religione cattolica.

Riconosce il diritto della Chiesa Cattolica, nell'ambito delle leggi generali vigenti, di regolare e di amministrare liberamente i propri affari, e di emanare, nel campo della sua competenza, leggi e ordinanze che obbligano i suoi membri.

Articolo 2

I Concordati conclusi con la Baviera (1924), la Prussia (1929) ed il Baden (1932) rimangono in vigore, ed i diritti e le libertà della Chiesa Cattolica, in essi riconosciute, restano invariate entro i territori dei rispettivi Stati. Per i rimanenti Stati si applicano integralmente le disposizioni convenute nel presente Concordato. Queste sono obbligatorie anche per i suddetti tre Stati, in quanto riguardano materie che non furono regolate nei succitati Concordati particolari o ne completano l'ordinamento già stabilito.

In avvenire, la conclusione di Concordati con gli Stati particolari si effettuerà soltanto d'accordo col Governo del Reich.

Articolo 3

Per coltivare i buoni rapporti fra la Santa Sede ed il Reich Germanico, un Nunzio Apostolico risiederà come finora nella capitale del Reich Germanico e un Ambasciatore del Reich Germanico presso la Santa Sede.

Articolo 4

La Santa Sede gode piena libertà di comunicare e corrispondere con i Vescovi, col clero e con quanti appartengono alla Chiesa Cattolica in Germania. Lo stesso vale per i Vescovi e per le altre Autorità diocesane nelle loro comunicazioni con i fedeli per tutto ciò che ha attinenza col loro ministero pastorale.

Le istruzioni, ordinanze, lettere pastorali, bollettini diocesani ufficiali e tutti gli altri atti riguardanti il governo spirituale dei fedeli, che vengono emanati dalle Autorità ecclesiastiche nell'ambito della loro competenza

können ungehindert veröffentlicht und in den bisher üblichen Formen zur Kenntnis der Gläubigen gebracht werden.

Artikel 5

In Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit genießen die Geistlichen in gleicher Weise wie die Staatsbeamten den Schutz des Staates. Letzterer wird gegen Beleidigungen ihrer Person oder ihrer Eigenschaft als Geistliche sowie gegen Störungen ihrer Amtshandlungen nach Maßgabe der allgemeinen staatlichen Gesetzgebung vorgehen und im Bedarfsfall behördlichen Schutz gewähren.

Artikel 6

Kleriker und Ordensleute sind frei von der Verpflichtung zur Übernahme öffentlicher Ämter und solcher Obliegenheiten, die nach den Vorschriften des kanonischen Rechtes mit dem geistlichen Stande bzw. dem Ordensstande nicht vereinbar sind. Dies gilt insbesondere von dem Amt eines Schöffen, eines Geschworenen, eines Mitglieds der Steuerauschnüsse oder der Finanzgerichte.

Artikel 7

Zur Annahme einer Anstellung oder eines Amtes im Staat oder bei einer von ihm abhängigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes bedürfen Geistliche des Nihil obstat ihres Diözesanordinarius sowie des Ordinarius des Sitzes der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Das Nihil obstat ist jederzeit aus wichtigen Gründen kirchlichen Interesses widerrufbar.

Artikel 8

Das Amtseinkommen der Geistlichen ist in gleichem Maße von der Zwangsvollstreckung befreit wie die Amtsbezüge der Reichs- und Staatsbeamten.

Artikel 9

Geistliche können von Gerichtsbehörden und anderen Behörden nicht um Auskünfte über Tatsachen angehalten werden, die ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden sind und deshalb unter die Pflicht der seelsorgerlichen Verschwiegenheit fallen.

Artikel 10

Der Gebrauch geistlicher Kleidung oder des Ordensgewandes durch Laien oder durch Geistliche oder Ordenspersonen, denen dieser Gebrauch durch die zuständige Kirchenbehörde durch endgültige, der Staatsbehörde amtlich bekanntgegebene Anordnung rechtskräftig verboten worden ist, unterliegt staatlicherseits den gleichen Strafen wie der Mißbrauch der militärischen Uniform.

(art. 1 cap. 2), possono essere pubblicati liberamente e portati alla conoscenza dei fedeli nelle forme finora usate.

Articolo 5

Nell'esercizio della loro attività sacerdotale gli ecclesiastici godono della protezione dello Stato allo stesso modo come gli impiegati dello Stato. Questo impedirà, a norma delle leggi generali dello Stato, le offese alla loro persona e alla loro qualità di ecclesiastici, come pure che essi siano disturbati negli atti del loro ministero, e si renderà garante, ove occorra, della protezione da parte delle Autorità civili.

Articolo 6

I chierici ed i religiosi sono esenti dall'obbligo di assumere pubblici uffici ed incombenze che, secondo le norme del Diritto Canonico, non sono compatibili con lo stato ecclesiastico o religioso. Ciò vale in modo particolare per l'ufficio di scabino, di giurato, di membro di Commissioni d'imposta o di tribunali di finanza.

Articolo 7

Per assumere un impiego od ufficio dello Stato o di enti pubblici dipendenti dal medesimo, si richiede per gli ecclesiastici il *nulla osta* del loro Ordinario diocesano, come pure dell'Ordinario del luogo; il *nulla osta* rimane sempre revocabile per gravi motivi d'interesse ecclesiastico.

Articolo 8

Le entrate, di cui godono gli ecclesiastici per ragione del loro ufficio, sono esenti da pignorabilità, nella stessa misura in cui lo sono gli stipendi e gli assegni degli impiegati del Reich e degli Stati.

Articolo 9

Gli ecclesiastici non possono essere richiesti da magistrati o da altre autorità a dare informazioni su cose o materie, che sono state ad essi confidate nell'esercizio della cura d'anime, e che perciò cadono sotto il segreto del loro ufficio spirituale.

Articolo 10

L'uso dell'abito ecclesiastico o religioso da parte di secolari o da parte di ecclesiastici o di religiosi, ai quali sia stato interdetto dalla competente Autorità ecclesiastica con provvedimento definitivo ed esecutivo, comunicato ufficialmente all'autorità dello Stato, è punibile con le stesse pene con le quali è punibile l'uso abusivo della divisa militare.

Artikel 11

Die gegenwärtige Diözesanorganisation und Zirkumskription der katholischen Kirche im Deutschen Reich bleibt bestehen. Eine in Zukunft etwa erforderlich erscheinende Neueinrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Änderungen der Diözesanzirkumskription bleiben, soweit es sich um Neubildungen innerhalb der Grenzen eines deutschen Landes handelt, der Vereinbarung mit der zuständigen Landesregierung vorbehalten. Bei Neubildungen oder Änderungen, die über die Grenzen eines deutschen Landes hinausgreifen, erfolgt die Verständigung mit der Reichsregierung, der es überlassen bleibt, die Zustimmung der in Frage kommenden Länderregierungen herbeizuführen. Dasselbe gilt entsprechend für die Neuerrichtung oder Änderung von Kirchenprovinzen, falls mehrere deutsche Länder daran beteiligt sind. Auf kirchliche Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der örtlichen Seelsorge erfolgen, finden die vorstehenden Bedingungen keine Anwendung.

Bei etwaigen Neugliederungen innerhalb des Deutschen Reiches wird sich die Reichsregierung zwecks Neuordnung der Diözesanorganisation und Zirkumskription mit dem Heiligen Stuhl in Verbindung setzen.

Artikel 12

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 11 können kirchliche Ämter frei errichtet und umgewandelt werden, falls Aufwendungen aus Staatsmitteln nicht beansprucht werden. Die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden erfolgt nach Richtlinien, die mit den Diözesanbischöfen vereinbart werden und für deren möglichst einheitliche Gestaltung die Reichsregierung bei den Länderregierungen wirken wird.

Artikel 13

Die katholischen Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbände und Diözesanverbände, die Bischöflichen Stühle, Bistümer und Kapitel, die Orden und religiösen Genossenschaften sowie die unter Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Vermögensstücke der katholischen Kirche behalten bzw. erlangen die Rechtsfähigkeit für den staatlichen Bereich nach den allgemeinen Vorschriften des staatlichen Rechts. Sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren; den anderen können die gleichen Rechte nach Maßgabe des für alle geltenden Gesetzes gewährt werden.

Artikel 14

Die Kirche hat grundsätzlich das freie Befehungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Ge-

Articolo 11

L'attuale organizzazione e circoscrizione diocesana della Chiesa Cattolica in Germania rimane conservata. L'erezione di una nuova Diocesi o Provincia ecclesiastica od altri cambiamenti di circoscrizioni diocesane, che apparissero eventualmente necessari in avvenire, rimangono riservati, trattandosi di un nuovo ordinamento entro i confini di uno Stato particolare della Germania, ad accordi col competente Governo del rispettivo Stato. Per nuove erezioni o cambiamenti, che sorpassano i confini di uno Stato particolare della Germania, avrà luogo un accordo col Governo del Reich, al quale sarà lasciata la cura di assicurarsi il consenso dei Governi degli Stati interessati. Lo stesso vale per la nuova erezione od il cambiamento di Provincie ecclesiastiche, qualora vi siano interessati più Stati particolari della Germania. Queste norme non si applicano nei casi di mutamenti di confini ecclesiastici, che si fanno unicamente nell'interesse della cura locale delle anime.

Nel caso di eventuali cambiamenti nella struttura territoriale interna del Reich Germanico, il Governo del Reich si metterà in comunicazione con la Santa Sede per il nuovo ordinamento della organizzazione e circoscrizione diocesana.

Articolo 12

Salvo le disposizioni dell'art. 11, gli uffici ecclesiastici possono essere liberamente eretti o mutati, qualora non si richieggano contributi dai fondi dello Stato. Il concorso dello Stato nella erezione e nel cambiamento di parrocchie o di simili comunità ecclesiastiche avrà luogo secondo direttive che si fisseranno d'accordo coi Vescovi diocesani; il Governo del Reich si adoprerà presso i Governi degli Stati particolari per la maggior possibile uniformità di tali direttive.

Articolo 13

Le parrocchie e altre simili comunità ecclesiastiche cattoliche, le associazioni parrocchiali e diocesane, le Sedi vescovili, le diocesi ed i capitoli, gli Ordini e le Congregazioni religiose, come pure gli istituti, le fondazioni ed i cespiti patrimoniali della Chiesa Cattolica, amministrati da organi ecclesiastici, conservano od acquistano la personalità giuridica per il foro civile secondo le norme comuni del diritto statale. Rimangono enti di diritto pubblico quelli che lo sono: agli altri possono essere concessi uguali diritti, a norma delle leggi generali vigenti.

Articolo 14

La Chiesa Cattolica ha in massima il diritto di conferire liberamente tutti gli uffici e benefici ecclesiastici, senza il concorso dello Stato o dei

meinden, soweit nicht durch die im Artikel 2 genannten Konkordate andere Vereinbarungen getroffen sind. Bezüglich der Besetzung von Bischöflichen Stühlen findet auf die beiden Suffraganbistümer Rottenburg und Mainz wie auch für das Bistum Meissen die für den Metropolitansitz der Oberrheinischen Kirchenprovinz Freiburg getroffene Regelung entsprechende Anwendung. Das gleiche gilt für die erstgenannten zwei Suffraganbistümer bezüglich der Besetzung von domkapitularen Stellen und der Regelung des Patronatsrechtes.

Außerdem besteht Einvernehmen über folgende Punkte:

1. Katholische Geistliche, die in Deutschland ein geistliches Amt bekleiden oder eine seelsorgerliche oder Lehrtätigkeit ausüben, müssen:

- a) deutsche Staatsangehörige sein,
- b) ein zum Studium an einer deutschen höheren Lehranstalt berechtigendes Reisezeugnis erworben haben,
- c) auf einer deutschen staatlichen Hochschule, einer deutschen kirchlichen akademischen Lehranstalt oder einer päpstlichen Hochschule in Rom ein wenigstens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium abgelegt haben.

2. Die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen, eines Koadjutors cum iure successionis oder eines Praelatus nullius wird erst ausgestellt, nachdem der Name des dazu Ausersetzten dem Reichsstatthalter in dem zuständigen Lande mitgeteilt und festgestellt ist, daß gegen ihn Bedenken allgemein politischer Natur nicht bestehen.

Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den im Absatz 2, Ziffer 1 a, b und c genannten Erfordernissen abgesehen werden.

Artikel 15

Orden und religiöse Genossenschaften unterliegen in bezug auf ihre Gründung, Niederlassung, die Zahl und — vorbehaltlich Artikel 15 Absatz 2 — die Eigenschaften ihrer Mitglieder, ihre Tätigkeit in der Seelsorge, im Unterricht, in Krankenpflege und karitativer Arbeit, in der Ordnung ihrer Angelegenheiten und der Verwaltung ihres Vermögens staatlicherseits keiner besonderen Beschränkung.

Geistliche Ordensoberen, die innerhalb des Deutschen Reiches ihren Amtssitz haben, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Provinz- und Ordensoberen, deren Amtssitz außerhalb des deutschen Reichsgebietes liegt, steht, auch wenn sie anderer Staatsangehörigkeit sind, das Visitationsrecht bezüglich ihrer in Deutschland liegenden Niederlassungen zu.

Comuni, ad eccezione dei casi previsti dagli accordi stabiliti nei Concordati di cui all'art. 2. Per quel che riguarda la provvista delle Sedi vescovili delle due diocesi suffraganee di Rottenburg e di Magonza, come pure della diocesi di Misnia, si applica ad esse, corrispondentemente, la norma fissata per la Sede di Friburgo, Metropolitana della Provincia ecclesiastica dell'Alto Reno. Lo stesso vale, nelle due diocesi suffraganee suddette, per la provvista dei canonici del Capitolo vescovile e per il regolamento del diritto di patronato.

Inoltre si è d'accordo sui seguenti punti:

1. I Sacerdoti cattolici, che coprono in Germania una carica ecclesiastica o che esercitano un'attività nella cura d'anime o nell'insegnamento, devono

- a) essere cittadini germanici;
- b) avere ottenuto un attestato di maturità che abiliti allo studio in una scuola superiore germanica;
- c) avere almeno per un triennio compiuto gli studi filosofico-teologici in un'alta scuola germanica dello Stato od in un istituto accademico germanico ecclesiastico od in un'alta scuola Pontificia in Roma.

2. Prima di spedire le Bolle di nomina per gli Arcivescovi, Vescovi, per un Coadiutore cum iure successionis o per un Prelato nullius, si comunicherà al Luogotenente del Reich (*Reichsstatthalter*) nel competente Stato il nome della persona prescelta per accertare che contro di essa non esistono obiezioni di carattere politico generale.

Mediante intesa tra le Autorità ecclesiastica e governativa si potrà prescindere dai requisiti enumerati nel num. 1) capoverso 2, lett. a), b), c).

Articolo 15

Gli Ordini e le Congregazioni religiose non sono sottoposti, da parte dello Stato, ad alcuna speciale restrizione riguardo alla loro fondazione, alle loro residenze, al numero e — salvo l'art. 15, capov. 2 — alle qualità dei loro membri, alla loro attività nella cura d'anime, nell'insegnamento, nell'assistenza ai malati e nelle opere di carità, nel regolamento dei loro affari e nell'amministrazione dei loro beni.

I Superiori religiosi, che hanno la loro residenza nel Reich Germanico, devono avere la cittadinanza tedesca. I Superiori provinciali e generali, residenti fuori del territorio del Reich Germanico, hanno, anche se di altra nazionalità, il diritto di visitare le loro case situate in Germania.

Der Heilige Stuhl wird dafür Sorge tragen, daß für die innerhalb des Deutschen Reiches bestehenden Ordensniederlassungen die Provinzorganisation so eingerichtet wird, daß die Unterstellung deutscher Niederlassungen unter ausländische Provinzialoberen tunlichst entfällt. Ausnahmen hiervon können im Einvernehmen mit der Reichsregierung zugelassen werden, insbesondere in solchen Fällen, wo die geringe Zahl der Niederlassungen die Bildung einer deutschen Provinz untunlich macht oder wo besondere Gründe vorliegen, eine geschichtlich gewordene und sachlich bewährte Provinzorganisation bestehen zu lassen.

Artikel 16

Bevor die Bischöfe von ihrer Diözese Besitz ergreifen, leisten sie in die Hand des Reichsstatthalters in dem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten einen Treueid nach folgender Formel:

»Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande . . . Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte.«

Artikel 17

Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Anstalten, Stiftungen und Verbände der katholischen Kirche an ihrem Vermögen werden nach Maßgabe der allgemeinen Staatsgesetze gewährleistet.

Aus keinem irgendwie gearteten Grunde darf ein Abbruch von gottesdienstlichen Gebäuden erfolgen, es sei denn nach vorherigem Einvernehmen mit der zuständigen kirchlichen Behörde.

Artikel 18

Falls die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die katholische Kirche abgelöst werden sollten, wird vor der Ausarbeitung der für die Ablösung aufzustellenden Grundsätze rechtzeitig zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Reich ein freundschaftliches Einvernehmen herbeigeführt werden.

Zu den besonderen Rechtstiteln zählt auch das rechtsbegründete Herkommen.

Die Ablösung muß den Ablösungsberechtigten einen angemessenen Ausgleich für den Wegfall der bisherigen staatlichen Leistungen gewähren.

Artikel 19

Die katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten. Ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde richtet sich nach den

La Santa Sede avrà cura che per le case religiose esistenti nel territorio del Reich l'organizzazione provinciale sia regolata in modo che esse non siano, possibilmente, soggette a Superiori provinciali stranieri. Eccezioni possono essere ammesse, di intesa col Governo del Reich, specialmente in quei casi, in cui per il numero esiguo delle case non sia consigliabile la costituzione di una provincia germanica o in cui esistano particolari ragioni per conservare una organizzazione provinciale storicamente fondata e dimostratasi praticamente buona.

Articolo 16

I Vescovi, prima di prendere possesso delle loro Diocesi, presteranno nelle mani del Luogotenente del Reich (*Reichsstatthalter*) nel competente Stato oppure del Presidente del Reich un giuramento di fedeltà secondo la formula seguente:

«Davanti a Dio e sui Santi Vangeli, giuro e prometto, come si conviene ad un Vescovo, fedeltà al Reich Germanico e allo Stato . . . Giuro e prometto di rispettare e di far rispettare dal mio clero il Governo stabilito secondo le leggi costituzionali dello Stato. Preoccupandomi, com'è mio dovere, del bene e dell'interesse dello Stato Germanico, cercherò, nell'esercizio del sacro ministero affidatomi, di impedire ogni danno che possa minacciarlo.»

Articolo 17

La proprietà e gli altri diritti degli enti di diritto pubblico, degli istituti, delle fondazioni e delle associazioni della Chiesa Cattolica sui propri beni saranno garantiti a norma delle leggi generali dello Stato.

Per nessun motivo potrà avere luogo la demolizione di un edificio dedicato al culto, senza previo accordo con le competenti Autorità ecclesiastiche.

Articolo 18

Qualora si volesse procedere allo svincolo delle prestazioni dello Stato alla Chiesa Cattolica fondate su legge, convenzione o particolari titoli giuridici, si addiverrà tempestivamente ad una intesa amichevole tra la Santa Sede ed il Reich prima di determinare i criteri da stabilirsi per tale svincolo.

Fra i particolari titoli giuridici va annoverata anche la consuetudine fondata in diritto.

Lo svincolo deve procurare agli aventi diritto al medesimo un congruo compenso per la cessazione delle attuali prestazioni dello Stato.

Articolo 19

Le Facoltà di teologia cattolica nelle Università dello Stato rimangono conservate. I loro rapporti con l'Autorità ecclesiastica sono rego-

in den einschlägigen Konkordaten und dazugehörigen Schlussprotokollen festgelegten Bestimmungen unter Beachtung der einschlägigen kirchlichen Vorschriften. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, für sämtliche in Frage kommenden katholischen Fakultäten Deutschlands eine der Gesamtheit der einschlägigen Bestimmungen entsprechende einheitliche Praxis zu sichern.

Artikel 20

Die Kirche hat das Recht, soweit nicht andere Vereinbarungen vorliegen, zur Ausbildung des Klerus philosophische und theologische Lehranstalten zu errichten, die ausschließlich von der kirchlichen Behörde abhängen, falls keine staatlichen Zuschüsse verlangt werden.

Die Errichtung, Leitung und Verwaltung der Priesterseminare sowie der kirchlichen Konvikte steht, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ausschließlich den kirchlichen Behörden zu.

Artikel 21

Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt. Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten.

Artikel 22

Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt. Lehrer, die wegen ihrer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Erteilung des Religionsunterrichtes für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen, solange dies Hindernis besteht, nicht als Religionslehrer verwendet werden.

Artikel 23

Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen

lati secondo le disposizioni stabilite nei rispettivi Concordati ed annessi Protocolli finali, ed a norma delle relative prescrizioni ecclesiastiche. Il Governo del Reich avrà premura di assicurare per tutte le anzidette Facoltà cattoliche della Germania una pratica uniforme che corrisponda a tutte le disposizioni vigenti in materia.

Articolo 20

Salvo altri accordi vigenti, la Chiesa ha il diritto di erigere, per la formazione del clero, scuole di filosofia e di teologia, che dipendono esclusivamente dall'Autorità ecclesiastica, qualora non si richiedano sussidi dello Stato.

L'erezione, la direzione e la gestione dei Seminari e dei Convitti ecclesiastici spettano unicamente alle Autorità ecclesiastiche, nell'ambito delle leggi generali vigenti.

Articolo 21

L'insegnamento della religione cattolica nelle scuole elementari, professionali, medie e superiori è materia ordinaria d'insegnamento e sarà impartito in conformità con i principii della Chiesa Cattolica.

Nell'insegnamento religioso si curerà particolarmente l'educazione alla coscienza dei doveri patrii, civili e sociali, secondo le massime della fede e della legge morale cristiana, ciò che si farà anche nel rimanente insegnamento.

Il programma dell'insegnamento religioso e la scelta dei relativi libri di testo verranno fissati d'accordo con l'Autorità ecclesiastica superiore. Alle Autorità ecclesiastiche superiori sarà dato modo di esaminare, d'accordo con le Autorità scolastiche, se gli scolari ricevono l'istruzione religiosa in conformità con le dottrine e le esigenze della Chiesa.

Articolo 22

L'assunzione di insegnanti della religione cattolica avviene di comune intelligenza fra il Vescovo ed il Governo dello Stato particolare.

Gli insegnanti, che il Vescovo, per la loro dottrina o condotta morale, abbia dichiarati non idonei ad impartire ulteriormente l'istruzione religiosa, non possono essere adibiti a tale insegnamento, finchè perduri questo impedimento.

Articolo 23

La conservazione e la nuova erezione di scuole confessionali cattoliche rimangono garantite. In tutti i Comuni, nei quali i genitori, o chi per essi, lo richiedono, saranno erette scuole elementari cattoliche, qualora il numero degli alunni, tenute nel dovuto conto le condizioni

schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt.

Artikel 24

An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.

Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.

Artikel 25

Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bedingungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen geben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften für letztere erfüllen.

Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren oder höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen.

Artikel 26

Unter Vorbehalt einer umfassenderen späteren Regelung der eherechtlichen Fragen besteht Einverständnis darüber, daß, außer im Falle einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines Verlobten, auch im Falle schweren sittlichen Notstandes, dessen Vorhandensein durch die zuständige bischöfliche Behörde bestätigt sein muß, die kirchliche Einsegnung der Ehe vor der Ziviltreuung vorgenommen werden darf. Der Pfarrer ist in solchen Fällen verpflichtet, dem Standesamt unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Artikel 27

Der Deutschen Reichswehr wird für die zu ihr gehörenden katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien eine exemte Seelsorge zugestanden.

Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Armeebischof. Seine kirchliche Ernennung erfolgt durch den Heiligen Stuhl, nachdem letzterer sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt hat, um im Einvernehmen mit ihr eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen.

Die kirchliche Ernennung der Militärpfarrer und sonstigen Militärgeistlichen erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit der zuständigen Reichsbehörde durch den Armeebischof. Letzterer kann nur solche Geistliche ernennen, die von ihrem zuständigen Diözesan-

dell'organizzazione scolastica locale, fa ritenere possibile, a norma delle prescrizioni dello Stato, un ordinato funzionamento della scuola.

Articolo 24

In tutte le scuole elementari cattoliche saranno impiegati soltanto maestri, che appartengano alla Chiesa Cattolica e che offrano la garanzia di corrispondere alle particolari esigenze della scuola confessionale cattolica.

Nel quadro della formazione professionale generale degli insegnanti dovranno esservi istituti, i quali assicurino una formazione di insegnanti cattolici corrispondente alle particolari esigenze della scuola confessionale cattolica.

Articolo 25

Gli Ordini e le Congregazioni religiose sono autorizzate a fondare e a dirigere scuole private, a norma del diritto comune e delle condizioni fissate dalla legge. Tali scuole private danno le stesse abilitazioni delle scuole dello Stato, qualora adempiano alle condizioni vigenti per queste ultime in materia di programmi d'insegnamento.

Per l'ammissione all'insegnamento e per la nomina ad insegnante nelle scuole elementari, medie e superiori, valgono per i membri degli Ordini e delle Congregazioni religiose i requisiti comuni.

Articolo 26

Senza pregiudizio di un ulteriore e più ampio regolamento delle questioni di diritto matrimoniale, si è d'accordo che il matrimonio religioso possa esser celebrato prima dell'atto civile, oltre che nel caso di malattia mortale di uno degli sposi che non consenta dilazione, anche nel caso di grave necessità morale, la cui esistenza deve essere riconosciuta dalla competente Autorità vescovile. In questi casi, il parroco è tenuto ad informarne senza indugio l'ufficio di Stato civile.

Articolo 27

All'esercito del Reich Germanico sarà concessa una cura d'anime esente per gli ufficiali, funzionari e militari cattolici ad esso appartenenti e rispettive famiglie.

La direzione dell'assistenza spirituale dell'esercito spetta al Vescovo militare. La sua nomina ecclesiastica sarà fatta dalla Santa Sede, dopo che Essa si sarà messa in comunicazione col Governo del Reich per la designazione, d'accordo con lui, di una persona idonea.

La nomina ecclesiastica dei parroci militari e degli altri ecclesiastici militari è fatta dal Vescovo militare, dopo aver udito la competente Autorità del Reich. Il Vescovo militare può nominare solo quegli ecclesiastici, che abbiano

bischof die Erlaubnis zum Eintritt in die Militärseelsorge und ein entsprechendes Eignungszeugnis erhalten haben. Die Militärgeistlichen haben für die ihnen zugewiesenen Truppen und Heeresangehörigen Pfarrechte.

Die näheren Bestimmungen über die Organisation der katholischen Heeresseelsorge erfolgen durch ein Apostolisches Breve. Die Regelung der beamtenrechtlichen Verhältnisse erfolgt durch die Reichsregierung.

Artikel 28

In Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen Häusern der öffentlichen Hand wird die Kirche im Rahmen der allgemeinen Hausordnung zur Vornahme seelsorgerlicher Besuche und gottesdienstlicher Handlungen zugelassen. Wird in solchen Anstalten eine regelmäßige Seelsorge eingerichtet und müssen hierfür Geistliche als Staats- oder sonstige öffentliche Beamte eingestellt werden, so geschieht dies im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde.

Artikel 29

Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Gebietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.

Artikel 30

An den Sonntagen und den gebotenen Feiertagen wird in den Bischofskirchen sowie in den Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen des Deutschen Reiches im Anschluß an den Hauptgottesdienst, entsprechend den Vorschriften der kirchlichen Liturgie, ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt.

Artikel 31

Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.

Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Artikel 31 Absatz 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.

ottenuto dal loro Vescovo diocesano il permesso di entrare nella cura d'anime dell'esercito ed il relativo certificato d'idoneità.

Gli ecclesiastici aventi cura di anime presso l'esercito, hanno competenze parrocchiali sulle truppe e rispettive famiglie, loro affidate.

Le norme precise per l'organizzazione dell'assistenza spirituale cattolica presso l'esercito saranno emanate con Breve Apostolico.

Il regolamento della situazione dei cappellani militari in quanto funzionari dello Stato sarà fatto dal Governo del Reich.

Articolo 28

Negli ospedali, nei penitenziari e negli altri stabilimenti tenuti da enti pubblici, la Chiesa sarà ammessa, nel quadro dell'orario generale della casa, a provvedere ai bisogni spirituali delle anime ed a compiere le funzioni religiose. Se in tali istituti viene stabilita una regolare assistenza spirituale e se a tale scopo verranno assunti ecclesiastici, come impiegati dello Stato o comunque pubblici, ciò sarà fatto d'accordo con l'Autorità ecclesiastica superiore.

Articolo 29

I cattolici residenti nel Reich Germanico ed appartenenti a minoranze etniche non tedesche avranno, riguardo all'ammissione della loro lingua materna nel culto, nell'insegnamento religioso e nelle associazioni ecclesiastiche, un trattamento non meno favorevole di quello che corrisponde alla condizione di diritto e di fatto dei cittadini di origine e di lingua tedesca nel territorio del rispettivo Stato estero.

Articolo 30

Nelle domeniche e nelle feste di precetto, nelle chiese cattedrali, come pure in quelle parrocchiali, filiali e conventuali del Reich Germanico si reciterà alla fine del servizio religioso principale, in conformità con le prescrizioni della Sacra Liturgia, una preghiera per la prosperità del Reich e del popolo germanico.

Articolo 31

Le organizzazioni e associazioni cattoliche, che abbiano scopi esclusivamente religiosi, culturali e caritativi e che come tali dipendano dall'Autorità ecclesiastica, saranno protette nelle loro istituzioni e nella loro attività.

Le organizzazioni cattoliche, che, oltre quelli religiosi, culturali e caritativi, hanno pure altri scopi, fra i quali anche i sociali o i professionali, godranno, senza pregiudizio della loro eventuale inserzione nelle unioni dello Stato, della protezione, di cui all'art. 31 capov. 1, in quanto diano garanzia di svolgere la loro attività fuori di ogni partito politico.

Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.

Insofern das Reich und die Länder sportliche oder andere Jugendorganisationen betreuen, wird Sorge getragen werden, daß deren Mitgliedern die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht wird und sie zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Überzeugungen und Pflichten nicht vereinbar wäre.

Artikel 32

Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse wie im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern während der Gesetzgebung erläßt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen.

Artikel 33

Die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt.

Sollte sich in Zukunft wegen der Auslegung oder Anwendung einer Bestimmung dieses Konkordats irgendeine Meinungsverschiedenheit ergeben, so werden der Heilige Stuhl und das Deutsche Reich im gemeinsamen Einvernehmen eine freundschaftliche Lösung herbeiführen.

Artikel 34

Das vorliegende Konkordat, dessen deutscher und italienischer Text gleiche Kraft haben, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden baldigst ausgetauscht werden. Es tritt mit dem Tag ihres Austausches in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Konkordats unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift.

In der Vatikanstadt, am 20. Juli 1933.

Franz von Papen

Eugenio Cardinale Pacelli

Il catalogo delle organizzazioni e associazioni, che cadono sotto le disposizioni di questo articolo, verrà fatto d'accordo fra il Governo del Reich e l'Episcopato tedesco.

In quanto vi siano organizzazioni giovanili — sportive od altre — sostenute dal Reich e dagli Stati particolari, si avrà cura che ai loro membri sia reso possibile il regolare adempimento dei loro doveri religiosi nelle domeniche e negli altri giorni festivi e non siano obbligati a fare cose non compatibili con le loro convinzioni e coi loro doveri religiosi e morali.

Articolo 32

A causa delle attuali particolari circostanze della Germania, e in considerazione delle garanzie, create dalle disposizioni del presente Concordato, di una legislazione che salvaguardi i diritti e le libertà della Chiesa Cattolica nel Reich e nei suoi Stati, la Santa Sede emanerà disposizioni, le quali escludano per gli ecclesiastici ed i religiosi l'appartenenza a partiti politici e la loro attività a favore dei medesimi.

Articolo 33

Le materie, relative a persone e cose ecclesiastiche, delle quali non si è trattato negli articoli precedenti, saranno regolate nel campo ecclesiastico secondo il diritto canonico vigente.

Se in avvenire sorgesse qualche divergenza sull'interpretazione o sull'applicazione di una disposizione del presente Concordato, la Santa Sede ed il Reich Germanico procederanno di comune intelligenza ad una amichevole soluzione.

Articolo 34

Il presente Concordato, il cui testo tedesco e italiano fanno medesima fede, dovrà essere ratificato e gli istrumenti della ratifica dovranno essere scambiati quanto prima. Esso entrerà in vigore il giorno dello scambio di detti istrumenti.

In fede di che i Plenipotenziari hanno firmato il presente Concordato.

Fatto in doppio originale.

Città del Vaticano, 20 Luglio 1933.

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich haben die ordnungsmäßig bevollmächtigten Unterzeichneten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Konkordats selbst bilden.

Zu Artikel 3

Der Apostolische Nuntius beim Deutschen Reich ist, entsprechend dem Notenwechsel zwischen der Apostolischen Nuntiatur in Berlin und dem Auswärtigen Amt vom 11. und 27. März 1930, Doyen des dort akkreditierten Diplomatischen Korps.

Zu Artikel 13

Es besteht Einverständnis darüber, daß das Recht der Kirche, Steuern zu erheben, gewährleistet bleibt.

Zu Artikel 14 Absatz 2 Ziffer 2

Es besteht Einverständnis darüber, daß, sofern Bedenken allgemein politischer Natur bestehen, solche in kürzester Frist vorgebracht werden. Liegt nach Ablauf von 20 Tagen eine derartige Erklärung nicht vor, so wird der Heilige Stuhl berechtigt sein, anzunehmen, daß Bedenken gegen den Kandidaten nicht bestehen. Über die in Frage stehenden Persönlichkeiten wird bis zur Veröffentlichung der Ernennung volle Vertraulichkeit gewahrt werden.

Ein staatliches Vetorecht soll nicht begründet werden.

Zu Artikel 17

Soweit staatliche Gebäude oder Grundstücke Zwecken der Kirche gewidmet sind, bleiben sie diesen, unter Wahrung etwa bestehender Verträge, nach wie vor überlassen.

Zu Artikel 19 Satz 2

Die Grundlage bietet zur Zeit des Konkordatsabchlusses besonders die Apostolische Konstitution »Deus scientiarum Dominus« vom 24. Mai 1931 und die Instruktion vom 7. Juli 1932.

Zu Artikel 20

Die unter Leitung der Kirche stehenden Konvikte an Hochschulen und Gymnasien werden in steuerrechtlicher Hinsicht als wesentliche kirchliche Institutionen im eigentlichen Sinne und als Bestandteil der Diözesanorganisation anerkannt.

Zu Artikel 24

Soweit nach Neuordnung des Lehrerbildungswesens Privatanstalten in der Lage sind, den allgemein geltenden staatlichen Anforderungen für

Protocollo finale

Al momento di procedere alla firma del Concordato oggi conchiuso fra la Santa Sede ed il Reich Germanico i sottoscritti Plenipotenziari, dovutamente autorizzati, hanno fatto le seguenti concordi dichiarazioni, che formano parte integrante del Concordato medesimo.

All'art. 3

Il Nunzio Apostolico presso il Reich Germanico è, in conformità colle Note scambiate fra la Nunziatura Apostolica in Berlino e il Ministero degli Esteri in data dell'11 e del 27 marzo 1930, il decano del Corpo Diplomatico ivi accreditato.

All'art. 13

Si è d'accordo che il diritto della Chiesa di riscuotere tasse rimane garantito.

All'art. 14 capov. 2 n. 2

Si è d'accordo che se esistono obiezioni di natura politica generale, dovranno essere comunicate nel più breve tempo possibile. Se nessuna dichiarazione del genere verrà presentata nel termine di venti giorni, la Santa Sede avrà il diritto di ritenere che contro il candidato non esistono tali obiezioni. Fino alla pubblicazione della nomina sarà mantenuto il più stretto segreto sulla persona in questione.

Questo capoverso non importa un diritto di veto da parte dello Stato.

All'art. 17

Gli edifici ed i fondi dello Stato, destinati a scopi della Chiesa, sono ad essi lasciati come finora, salvo i contratti eventualmente esistenti.

All'art. 19 periodo 2

La regola fondamentale è costituita, al momento della stipulazione del Concordato, specialmente dalla Costituzione Apostolica »Deus scientiarum Dominus« del 24 maggio 1931 e dalla Istruzione del 7 luglio 1932.

All'art. 20

I Convitti, soggetti alla direzione della Chiesa, presso alte scuole e ginnasi saranno riconosciuti, per quanto riguarda le tasse, come istituzioni essenziali della Chiesa in senso proprio e come parti costitutive dell'organizzazione diocesana.

All'art. 24

Qualora col nuovo ordinamento delle scuole magistrali istituti privati posseggano i requisiti generalmente richiesti dallo Stato per la forma-

Ausbildung von Lehrern oder Lehrerinnen zu entsprechen, werden bei ihrer Zulassung auch bestehende Anstalten der Orden und Kongregationen entsprechend berücksichtigt werden.

Zu Artikel 26

Ein schwerer sittlicher Notstand liegt vor, wenn es auf unüberwindliche oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu beseitigende Schwierigkeiten stößt, die zur Abschließung erforderlichen Urkunden rechtzeitig beizubringen.

Zu Artikel 27 Absatz 1

Die katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien gehören nicht den Ortskirchengemeinden an und tragen nicht zu deren Lasten bei.

Absatz 4

Der Erlass des Apostolischen Breve erfolgt im Benehmen mit der Reichsregierung.

Zu Artikel 28

In dringenden Fällen ist der Zutritt dem Geistlichen jederzeit zu gewähren.

Zu Artikel 29

Nachdem die Deutsche Reichsregierung sich zu dem Entgegenkommen in bezug auf nichtdeutsche Minderheiten bereitgefunden hat, erklärt der Heilige Stuhl, in Befräftigung seiner stets vertretenen Grundsätze bezüglich des Rechtes der Muttersprache in der Seelsorge, im Religionsunterricht und im katholischen Vereinsleben, bei künftigen konfordatären Abmachungen mit anderen Ländern auf die Aufnahme einer gleichwertigen, die Rechte der deutschen Minderheiten schützende Bestimmung Bedacht nehmen zu wollen.

Zu Artikel 31 Absatz 4

Die im Artikel 31 Absatz 4 niedergelegten Grundsätze gelten auch für den Arbeitsdienst.

Zu Artikel 32

Es herrscht Einverständnis darüber, daß vom Reich bezüglich der nichtkatholischen Konfessionen gleiche Regelungen betreffend parteipolitische Betätigung veranlaßt werden.

Das den Geistlichen und Ordensleuten Deutschlands in Ausführung des Artikels 32 zur Pflicht gemachte Verhalten bedeutet keinerlei Einengung der pflichtmäßigen Verkündung und Erläuterung der dogmatischen und sittlichen Lehren und Grundsätze der Kirche.

In der Vatikanstadt, am 20. Juli 1933.

zione di maestri e di maestre, si avrà nell'ammissione dei medesimi conveniente riguardo anche ad istituti esistenti degli Ordini e delle Congregazioni religiose.

All'art. 26

Si verifica una grave necessità morale, quando difficoltà insormontabili, o che non si possono rimuovere senza eccessivo incomodo, impediscono di poter produrre a tempo debito i documenti necessari alla celebrazione del matrimonio.

All'art. 27 capov. 1

Gli ufficiali, impiegati e soldati cattolici, e le loro famiglie, non appartengono alle parrocchie locali e non sono tenuti alle rispettive contribuzioni.

Capov. 4

Il Breve apostolico sarà emanato, dopo aver udito il Governo del Reich.

All'art. 28

Nei casi urgenti deve permettersi all'ecclesiastico l'ingresso in qualsiasi momento.

All'art. 29

Essendosi il Governo del Reich dimostrato pronto ad accettare tale disposizione favorevole per le minoranze non tedesche, la Santa Sede dichiara che, a conferma dei principii da Lei sempre difesi circa il diritto alla lingua materna nella cura delle anime, nell'istruzione religiosa e nella vita delle organizzazioni cattoliche, procurerà, in occasione della stipulazione di future Convenzioni concordatarie con altri Stati, di fare inserire in esse una eguale disposizione per la tutela dei diritti delle minoranze tedesche.

All'art. 31 capov. 4

I principii fissati all'articolo 31 capov. 4 valgono anche per l'organizzazione del lavoro obbligatorio.

All'art. 32

Resta inteso che saranno simultaneamente prese dal Governo del Reich, a riguardo delle confessioni non cattoliche, eguali disposizioni circa l'attività politica nei partiti.

Il contegno, di cui, in esecuzione dell'articolo 32, si farà obbligo ai sacerdoti ed ai religiosi, non significa limitazione di alcuna sorta nell'insegnare e spiegare pubblicamente, come è loro dovere, le dottrine e le massime della Chiesa, non solo dommatiche, ma anche morali.

Città del Vaticano, 20 Luglio 1933.

Franz von Papen

Eugenio Cardinale Pacelli